

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark. für Selbst-Abholer 1,90 Mark. - Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 - **Postfachkonto Leipzig Nr. 534 77**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. - **Verlag in Leipzig,** Tauscher Straße 19/21 - **Telefon** 72203

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorricht 40 Pf., Stellenangebote 10gep. Kolonelle 25 Pf., Familiennachrichten von Privatpersonen 10gep. Kolonelle mit 50% Nachl., Reklamesp. 2 M., Inserate v. ausw.: die 10gep. Kolonelle 40 Pf., bei Platzvorricht 50 Pf., Reklamesp. 2,25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Um die „Grenze des Möglichen!“

Die Koalitionsverhandlungen

Es sollte diesmal ganz schnell gehen mit der Ausweitung der Regierung. Der Vorwärts schrieb am 27. Mai:

Der neue Reichstag wird sich am Mittwoch, dem 13. Juni, konstituieren. Am 14. oder 15., nach vollzogener Bureauwahl, wird er bereit sein, die Erklärung der neuen Regierung entgegenzunehmen. Dann muß auch eine neue Regierung da sein, die bereit ist, ihre Erklärung abzugeben.

Heute ist der 14. Juni und morgen wäre demnach der letzte Termin, an dem die neue Regierung da zu sein hätte. Aber so viel Meldungen über die Koalitionsverhandlungen auch vorliegen, keine kann berichten, daß die Aufgabe der Regierungsbildung bald erledigt sein wird. „Nur langsam gehen die Verhandlungen zwischen den Parteien vor sich,“ diese Feststellungen lehrt in mehr als einer Meldung wieder.

Die Führung der Sozialdemokratischen Partei war von sich aus bereit, alles zu unterlassen, was die Verhandlungen mit den anderen Parteien hätte in die Länge ziehen können. Mit dem Vorwärts war die Mehrheit des Parteivorstandes und die der neuen Reichstagsfraktion der Meinung, daß „niemand an endlosen Verhandlungen über Richtlinien, Punktationen, Sicherungen, Garantien, Forderungen und Gegenforderungen ein Interesse“ habe. Und um dem Sozialdemokraten, der den Auftrag der Regierungsbildung auszuführen hat, keine Unannehmlichkeiten zu bereiten, wurde die Notwendigkeit des Verzichts auf irgendwelche Forderungen und Bedingungen begrüßt. Wenn die Sozialdemokratie als die Siegerin des 20. Mai bei den Verhandlungen mit den geschlagenen Parteien nicht nur keine Siegesforderungen, sondern überhaupt keine Forderungen stellt, dann muß doch die Einigung für ein gemeinsames politisches Zusammenwirken sehr leicht sein.

Die Genossen, die jene Auffassung haben, stehen eines außer acht, und das war, wie uns scheint, etwas sehr wesentliches. Nämlich: daß, wenn schon die Sozialdemokratische Partei auf alle Forderungen, auf die geringste programmatische Festlegung Verzicht leistete, damit die bürgerlichen Parteien noch lange nicht das Gleiche getan haben. Und es zeigte sich sehr bald, daß die, die eben mit einer Niederlage aus dem Wahlkampf heimgezogen waren, sich durchaus nicht in die Rolle des Entgegenkommenden und Bescheidnen begeben wollen, die die Sozialdemokratie von vornherein übernommen hat. Je weiter die Verhandlungen fortschreiten, desto bestimmter und klarer formulieren die Gegner die Forderungen, die sie der Sozialdemokratie für ein gemeinsames politisches Zusammenwirken präsentieren. Aus den vielen Einzelwünschen, die in den letzten zwei Wochen in der Presse des Zentrums und der Deutschen Volkspartei und in den Reden führender Männer beider Parteien zum Ausdruck gekommen sind, sind die wichtigsten inwischen den sozialdemokratischen Unterhändlern in eindeutiger Form unterbreitet worden. Die Germania, das Berliner Zentrumorgan, läßt erst gestern wieder keinerlei Zweifel darüber, daß für das Zentrum der Kampf um die Schule obenan steht und daß das Zentrum, wenn es die völlige Verstaatlichung der Schule durch die Kirche jetzt nicht restlos durchsehen kann, auf jeden Fall keinen freizeithilferischen Ausbau der deutschen Schulgesetzgebung zuzulassen entschlossen ist. In den finanziellen und wirtschaftspolitischen Fragen stimmen die Wünsche des Zentrums und der Deutschen Volkspartei sehr weitgehend überein.

Die Deutsche Volkspartei, die der Ueberzeugung zu sein scheint, daß ihre Beteiligung an der Regierung nicht entbehrt werden kann, stellt Forderungen, die für die Sozialdemokratische Partei einfach unannehmbar sind. Nach der Frankfurter Zeitung verlangen sie, daß im Reichsjustizministerium jener Herr Josef Staatssekretär bleiben soll, der nicht zuletzt für die empörenden Ausschreitungen der deutschen Justiz in den letzten Jahren und für die kaum noch zu steigende Justizreaktion verantwortlich zu machen ist. Sein Bleiben bedeutet also auf dem Gebiet der Justiz: es bleibt alles beim alten! Dann soll die Sozialdemokratie den Volksparteilern zusagen, daß im neuen Wehretat keine Abträge vorgenommen werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion soll damit ihre eigene bisherige Haltung desavouieren und künftig den Dreiviertel-Milliarden-Etat des glorreichen Heeres kritiklos bewilligen. Nicht genug damit. Die Sozialdemokratie soll den beschleunigten Bau des Panzerkreuzers A ermöglichen und damit natürlich auch den Bau der noch kommenden Panzerkreuzer. Und zu allerletzt kommt der Haupttrumpf der Partei des Stahlhelms: mannes Scholz; in Preußen muß die gleiche Regierung gebildet werden wie im Reich. Diese Forderung wird ultimativ erhoben. Willigt die Sozialdemokratie nach ihrem Erfolg vom 20. Mai in Preußen nicht in einen stärkeren Rechtskurs ein, dann wird die Volkspartei nicht so gnädig sein und der Sozialdemokratischen Partei im Reich gestatten, die Verantwortung für eine Politik zu übernehmen, die nach volksparteilichem Willen ausschließlich die Interessen der kapitalistischen Schichten wahrnehmen soll. Denn mit den aufgelisteten Forderungen ist der Anspruch der

Volkspartei noch nicht erschöpft, sie betont mit besonderem Nachdruck, daß sie auch für die Reichswehr, für die Steuer- und Wirtschaftspolitik und für die Sozialpolitik Zusicherungen haben will. Alles in allem: die Volkspartei geht nicht an Bescheidenheit zu Grunde. Die Richtlinien, Punktationen, Garantien und Forderungen, auf die die Sozialdemokratie keinen Wert legt, sind nun dennoch da. Nur daß die Gegner nicht mit der Sozialdemokratie über sozialdemokratische Forderungen, sondern daß die Sozialdemokratie mit den Gegnern über kapitalistisch-reaktionäre Forderungen verhandeln muß. Dem Vorwärts wird schon durch den Gang der bisherigen Verhandlungen die Lehre erteilt, daß weder „Persönlichkeiten“ noch ihr „guter Wille“ die aus den Klaffengegensätzen sich ergebenden Interessengegensätze in der Politik einfach beseitigen können. Das hätte eine sozialdemokratische Redaktion schon vorher wissen müssen und sie hätte weiter wissen müssen, daß, wenn die Sozialdemokratie sich schon zur Koalition bereit erklärt, dann am Anfang der Koalition ein schwerer Kampf stehen wird um die Bedingungen, auf denen sie zustandekommen soll. Dieser Kampf, dem viele aus dem Wege gehen wollten, ist jetzt da. Für die Sozialdemokratie glaubt der Soz. Pressedienst ausprechen zu können, daß sie in den noch bevorstehenden Verhandlungen bis an die Grenze des für sie Möglichen gehen wird. „Aber darüber, daß es eine solche Grenze gibt,“ fügt er hinzu, „werden sich die anderen, zu einer Regierungsbildung in Frage kommenden Parteien hoffentlich im Klaren sein.“ Aus dem ganzen Reich blicken die Parteigenossen in diesen Tagen mit der Erwartung nach Berlin, daß die Grenze von den führenden Genossen nicht für weiter gesehen werde, als sie tatsächlich ist.

Die Forderungen der Volkspartei

Die Volkspartei teilt mit:

„In der gemeinsamen Sitzung der Fraktionen der Deutschen Volkspartei des Reichstages und Preussischen Landtages wurde nach eingehenden Referaten der Vorsitzenden Dr. Scholz und Dr. v. Campe und nach mehrstündiger Debatte vollkommene Einmütigkeit dahin erzielt, daß aus staatspolitischen Gründen im Reich und in Preußen nur Regierungen, die von denselben Parteien getragen werden, und zwar gleichzeitig, in Frage kommen können. Im übrigen wurden die bisherigen Verhandlungen der Unterhändler gebilligt; insbesondere wurden die von ihnen erhobenen Forderungen für eine Beteiligung an einer Regierungsbildung stark unterstrichen.“

Der Sozialdemokratische Pressedienst bemerkt hierzu:

Die in dem Kommuniqué der Volkspartei verzeichnete Forderung wurde am Mittwochabend in Verhandlungen zwischen Vertretern der Volkspartei und der Sozialdemokratie neben einer ganzen Reihe anderer Probleme erörtert. Von sozialdemokratischer Seite wurde darauf verwiesen, daß die Umbildung der preussischen Regierung vor allem Sache des preussischen Ministerpräsidenten und der preussischen Regierungsparteien ist. Es ist anzunehmen, daß am Donnerstagvormittag zunächst eine Fühlungnahme mit dem preussischen Ministerpräsidenten erfolgt. Voraussichtlich wird dann eine Besprechung zwischen sämtlichen Führern derjenigen Parteien stattfinden, die für die Bildung einer Regierung in Frage kommen. Im übrigen sind, wie in den Verhandlungen der Sozialdemokratie mit dem Zentrum, auch im Verlauf der Erörterungen mit der Volkspartei Beschlüsse nicht gefaßt worden.

Der Stahlhelm meldet sich

Die Leitung des Stahlhelms, also der Selterwasserfabrikant Seidte und der unmögliche Oberleutnant a. D. Dueterberg, glauben immer wieder, bei den Erörterungen vor wichtigen politischen Entscheidungen ihren Senf dazugeben zu müssen. Jetzt haben die Stahlhelmer anlässlich der bevorstehenden Neubildung der Reichsregierung wieder eine Kundgebung erlassen, in der sie von den Stahlhelmsabgeordneten in den bürgerlichen Parteien fordern, jede Zusammenarbeit mit Anhängern der Klassenkampfidee, der Internationale und der Pazifisten abzulehnen.

Die Wirtschaftspartei

SWD Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei beschloß am Donnerstag, sich keineswegs der verantwortlichen Beteiligung an einer Koalitionsregierung zu entziehen, sobald die Voraussetzungen erfüllt werden, die von der Wirtschaftspartei im Interesse des deutschen Volkes und des Mittelstandes gefordert werden müßten. Der Fraktionsvorstand wurde gleichzeitig zu weiteren Verhandlungen ermächtigt.

Dieser Beschluß kommt keineswegs überraschend. Die Wirtschaftspartei weiß, daß sie auf die Dauer von Lebensarten allein nicht leben kann und ihre Wähler positive Leistungen verlangen. Aus diesem Grunde erklärt man sich zur Mitarbeit bereit, ohne den Beschluß selbst ernst zu nehmen. Man tut so und ist in Wirklichkeit doch bestrebt, nach wie vor die Früchte einer unverantwortlichen Opposition einzuharsten. Es ist eine Taktik verwerflichster Art, die hier getrieben wird.

Tausend Verwaltungsreformer suchen ein Objekt

Plötzlich, unerwartet, sozusagen über Nacht ist der deutsche Blätterwald erfüllt von einem Fortschritt, der aus Sachsen kommt! Anlaß dazu ist eine Rede, die der Ministerpräsident Heldt am 7. Juni im Landtage gehalten hat. In den großen Zeitungen, die die „Weltmachtspresse“ verkörpern und in den kleinen Provinzialblättern hallt es wieder von dem Anfang vom Ende der Kleinstaaterei in Deutschland, der zudem noch von einer Stelle ausgehen soll, die bisher alles andere, nur nicht fortschrittlich war. Die Kölnische und die Vossische, die Börsen- und anderen Zeitungen, dazu die diversen Nachrichten und Anzeiger, sie alle schreiben über diese Rede, legen aus und legen unter, kommentieren, ziehen Schlussfolgerungen, stellen tiefgründige Betrachtungen an und preisen den Fortschritt in Sachsen.

Und das alles, weil der Ministerpräsident von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion gefragt wurde, ob es wahr sei, daß Verhandlungen zwischen Sachsen und Thüringen über die Bildung von Verwaltungsgemeinschaften der beiden Länder geführt würden, und im besonderen, ob es den Tatsachen entspricht, daß die Landesgerichte Zwickau und Plauen dem Oberlandesgericht Jena angegliedert werden sollen. Zur letzten Frage schwieg sich Heldt gründlich aus, und zu der Frage über die Verwaltungsgemeinschaften verlas er eine Rede, die ihm der Ministerialdirektor Dr. Schulze sorgfältig zu Papier gebracht hatte; so sorgfältig, daß sie alles verschwiegen und vieles offen ließ.

Der sozialdemokratischen Anfrage ging voraus ein Staatsvertrag zwischen Sachsen und Thüringen, der wirklich ein Staatsvertrag war, trotzdem nicht viel Staat mit ihm zu machen ist. Da waren schon lange Bestrebungen im Gange, einige der tollsten Flurprotesten zwischen Sachsen und Thüringen zu „bereinigen“, wie das Amtsdeutsch so schön sagt. Die „Staatsregierungen“ rüsteten ihre „Staatskanzler“, natürlich Wirklich Geheime Räte, mit „Staatsvollmachten“ aus. Die Wirklich Geheimen untersuchten, verhandelten, berichteten, holten sich Instruktionen, fuhren hin und fuhren her. Zum Schluß setzten sie einen Staatsvertrag auf, in dem gewissenhaft angeführt wurden die sächsischen Gemeinden, aus denen Flurstücke an Thüringen und die thüringischen Gemeinden, aus denen Flurstücke an Sachsen abgetreten werden sollten. Am Ziegelheims, um Obergärtners, um Heyersdorfs, Trünzigs, Cunsdorfs Schicksal ging es; ob das Flurstück Nummer so und so in Roschwitz sächsische oder thüringische Landesfarben tragen sollte, war der Inhalt jener staatsmännischen Bemühungen.

So kam der Staatsvertrag zustande, der aus 26 Artikeln und einem Schlußprotokoll mit diversen Anlagen A und B bestand. Mit peinlicher Gewissenhaftigkeit wurde attenkundig verbrieft und versiegelt entschieden, wohin in Zukunft Flurstück Nummer soundsso, Flurbuch von Ziegelheim, 1 Hektar groß, und die eine Scheune in Schönbach von 21 Quadratmeter Flächeninhalt, sowie der Trikonometrische Punkt in Schönbach (Eigentum des Staatsfiskus des Landes Thüringen) 1 Quadratmeter groß, nach Artikel I Ziffer II des Vertrages gehören sollten. Da wurden ausgeführt zum ewigen Gedächtnis der Nachwelt die glücklichen Besitzer dieses Hektars und jenes Quadratmeters: Florus Max Gottfried Kügel, Landwirt in Wetterswalde, und Emma Anna verheh. Albert, geborene Rindler in Trünzig usw. usw. Dann wurde registriert, ob es sich um Kiefern- oder Birkenwald, um Feld oder Wiese, um Hutung oder Kommunikationsweg handelte.

Nachdem so besagte 26 Artikel mit diversem Schlußprotokoll und Anlagen vollendet und damit der Staatsvertrag 1927 geschaffen war, setzten die beiden Landtage der Staaten Sachsen und Thüringen und die Reichsregierung mit allem Drum und Dran ihren Schlußpunkt darunter. Die Sache war gemacht!

Damals kümmerte sich die Presse, die die „Weltmacht“ bedeutet, verdammt wenig um die Angelegenheit, und das war begreiflich. Nur die Provinzzeitungen und die Lokalfblätter nahmen pflichtschuldigst davon Notiz, von wegen der lokalen Interessen, und die Arbeiterzeitungen, die sich der Arbeiterinteressen jener Gemeinden annahm.

Warum nun mit einmal der Lärm nach Heldts nichts-sagender Rede? Sehr einfach! Weil die Verwaltungsreform sozusagen in der Luft liegt. Weil tausend oder zehntausend oder hunderttausend Verwaltungsreformer ein Objekt suchen. Weil wirtschaftliche Gründe zur Verwaltungsreform drängen und weil im besonderen in Mitteldeutschland gewaltige verkehrs-, kohlen- und wasserwirtschaftliche Probleme dringend eine Beseitigung der jämmerlichen Kleinstaaterei erheischen. Daß ausgerechnet der sächsische Heldt, der sich noch auf der Länderkonferenz in der Frage der Verwaltungsreform an die Seite des bayrischen Partikularisten Held stellte — und dafür sogar von den Demokraten als Reaktionsär abgeburstet wurde —, den Anstoß zu einer solchen Debatte gab, ist kein über Wig der Zeitgeschichte.

Was wußten die Zeitungen nicht alles von den großzügigen Plänen Sachsens und Thüringens zu berichten! Die einen